

**Arbeitspapiere  
der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung**

**Nr. 38**

**Wilfried Karl**

**Die sicherheitspolitische Berichterstattung  
der Deutschen Presse-Agentur**

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Karl, Wilfried:**

Die sicherheitspolitische Berichterstattung der Deutschen  
Presseagentur / Wilfried Karl. - Berlin : Berghof-Stiftung für  
Konfliktforschung, 1989

(Arbeitspapiere der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung ; Nr. 38)

ISBN 3-927783-05-6

NE: Berghof-Stiftung für Konfliktforschung: Arbeitspapiere der Berghof-  
Stiftung ...

Die „Arbeitspapiere der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung“ stellen keine  
Äußerung der *Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Altensteinstr. 48a, 1000  
Berlin 33, Tel. (030) 8318099 und 8318090*, oder der Mitglieder des  
Stiftungsrates dar; sie werden von den Autoren verantwortet, die in der Regel  
Mitarbeiter in von der Stiftung geförderten oder betreuten Projekten sind.

C bei den Autoren

ISBN 3-927783-05-6

ISSN 0936-6857

**Berghof-Stiftung für Konfliktforschung**

**Berlin**

**1989**

WILFRIED KARL

DIE SICHERHEITSPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNG  
DER DEUTSCHEN PRESSE-AGENTUR

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG .....	2
2. DIE "ÖFFENTLICHE AUFGABE" DER MASSENMEDIEN - SICHERHEITSPOLITIK VS. PRESSEFREIHEIT? .....	3
3. FUNKTION UND BEDEUTUNG DER DEUTSCHEN PRESSE-AGENTUR (DPA) .....	10
4. INHALTSANALYSE.....	14
5. ZUSAMMENFASSUNG.....	19
6. ABSTRACT, ZUR PERSON.....	22

## 1. EINLEITUNG

Politische und militärische Macht bedarf im westlichen Demokratieverständnis der Legitimation durch die Bevölkerung. Außer durch das zentrale Instrument, den Wahlen, gilt Macht erst dann als legitimiert, wenn sie der Kritik und Kontrolle zugänglich, das heißt "öffentlich" ist. Die entscheidende Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit und Aufrechterhaltung des Organisationsprinzips "Öffentlichkeit" ist die Möglichkeit zur Information. In komplexen Gesellschaften haben Massenmedien die wichtige Aufgabe, für die Bereitstellung und Vermittlung von Informationen, die die Grundlage einer demokratischen Willensbildung und Teilhabe der Bevölkerung sind, zu sorgen. Diese Aufgabe wird insbesondere im Themenbereich Sicherheitspolitik nach Ansicht vieler Kritiker selten erfüllt: Geheimhaltung erscheint geradezu als Funktionsbedingung für das Militär; die Fehlinformation der Bürger bildet ein Hauptproblem für die Durchsetzung jeder neuen Sicherheitspolitik.<sup>1</sup>

Empirische Untersuchungen zu der Frage, ob und wieweit die Massenmedien ihren demokratietheoretisch begründeten normativen Aufgaben und Funktionen nachkommen, liegen fast ausschließlich für Printmedien, vor allem die bekannten, überregionalen Tages- und Wochenzeitungen, vor.<sup>2</sup> Nachrichtenagenturen wurden weitgehend ausgeblendet, obwohl sie die Hauptlieferanten von Informationen für die Massenmedien sind. Da für sicherheitspolitische Themen Informationen aus dem Ausland oder der Bundeshauptstadt von Bedeutung sind und die meisten Massenmedien kaum eigene Auslandsvertretungen oder auch nur Büros in Bonn unterhalten, fällt den Nachrichtenagenturen eine Schlüsselrolle im Prozeß der politischen Kommunikation zu. Die wichtigste Agentur in der Bundesrepublik ist die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Deren sicherheitspolitische Berichterstattung steht in diesem Aufsatz im Mittelpunkt.<sup>3</sup> Zuvor wird auf die demokratietheoretischen Grundlagen eingegangen, die die "öffentliche Aufgabe" der Massenmedien begründen und aus denen wiederum Kriterien für eine kritische Berichterstattung abgeleitet werden. Außerdem werden die Realisierung dieser Ansprüche und die Ursachen für die dabei auftretenden Schwierigkeiten dargestellt. Am Ende werden Folgerungen für die Öffentlichkeitsarbeit und damit einen Aspekt der Wirkung von Friedensforschung und Friedensbewegung diskutiert.<sup>4</sup>

---

1 Vgl. Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), *Frieden mit anderen Waffen, Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik*, Reinbek, 1981, S. 228.

2 In einigen Inhaltsanalysen ist zwar auch ein Thema aus dem Bereich Sicherheitspolitik gewählt, aber anderen Fragestellungen als der nach der Erfüllung der öffentlichen Aufgabe nachgegangen worden. Vgl. z. B. Chunggho Choe, *Der Ausbruch des Korea-Krieges im Spiegel Ost- und West-Berliner Tageszeitungen*, Dissertation, Berlin, 1969; Anita Eichholz, *Der Vietnam-Krieg im Spiegel*, Berlin, 1979; Gottfried Linn, *Zur Einschätzung sowjetischer Bedrohung in der westdeutschen überregionalen Tages- und Wochenpresse*, Dissertation, Bonn, 1983; Sami Mussallam, *Zum Araberbild in der bundesrepublikanischen Presse am Beispiel des IV. Nahostkrieges*, Dissertation, Bonn, 1976; Margot Sonnenberg, *Die Friedenspolitik des Staates Israel und ihre Darstellung in der überregionalen Presse der BRD*, Dissertation, Aachen, 1982.

3 Dieser Teil basiert auf: Wilfried Karl, *Die sicherheitspolitische Berichterstattung der Deutschen Presse-Agentur, Inhaltsanalyse des Basis- und Hintergrunddienstes am Beispiel "SDI"*, Magisterarbeit, Freie Universität Berlin, FB Kommunikationswissenschaften, 1987.

4 Nicht thematisiert werden hier die internationalen Informationsstrukturen und -mechanismen und die daraus entstehenden Probleme. Vgl. dazu stellvertretend Reiner Steinweg (Red.), *Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt, Die neue Internationale Informationsordnung*, Frankfurt/M. 1984 (Friedensanalysen Bd. 18) und Tapio Varis (Hg.), *Peace and Communication*, San José 1986.

## 2. DIE "ÖFFENTLICHE AUFGABE" DER MASSEN MEDIEN - SICHERHEITSPOLITIK VS. PRESSEFREIHEIT?

Die "öffentliche Aufgabe" der Massenmedien ist ein normatives Konstrukt bürgerlicher Demokratien und wird abgeleitet aus der politischen Macht erst legitimierenden und tendenziell rationalisierenden Rolle der "öffentlichen Meinung". Die Rationalisierung von Herrschaft qua Öffentlichkeit wurde mit dem Aufstreben bürgerlicher Schichten gegenüber absolutistischer Herrschaft durchgesetzt und gründet sich ideengeschichtlich auf die Aufklärung. Die Idee der bürgerlichen Öffentlichkeit hat mit der rechts- und geschichtsphilosophischen Entfaltung des Prinzips der Publizität durch Kant ihre theoretisch ausgereifte Gestalt gefunden. Die öffentliche Meinung hatte für Kant, ohne schon so genannt zu werden, "konstitutive Bedeutung:

die politischen, nämlich auf das Recht anderer gerichteter Handlungen, sollen selber mit Recht und Moral nur soweit in Übereinstimmung stehen können, als ihre Maximen der Publizität fähig sind. Vor der Öffentlichkeit müssen sich alle politischen Handlungen auf die Grundlage von Gesetzen zurückführen lassen, die ihrerseits von der öffentlichen Meinung als allgemeine und vernünftige Gesetze ausgewiesen sind. Im Rahmen eines durchweg normierten Zustandes (der bürgerliche Verfassung und ewigen Frieden zur 'vollkommen gerechten Ordnung' vereinigt) ist das Naturgesetz der Herrschaft durch die Herrschaft der Rechtsgesetze abgelöst - kann Politik grundsätzlich in Moral übergeführt werden."<sup>5</sup>

Neben der Abgrenzung der Privatsphäre und des Privateigentums bilden die politischen Funktionen der Öffentlichkeit den dritten Schwerpunkt der bürgerlichen Freiheitsrechte. Im Grundgesetz sind dies die "Kommunikationsrechte" der Meinungs-, Informations-, Presse-, Kunst-, Glaubens-, Gewissens-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, das Zensurverbot, Briefgeheimnis und das Petitionsrecht.

Die normativen Regelungen des Grundgesetzes zur Presse- und Informationsfreiheit wurden von staatlicher Seite am nachhaltigsten Anfang der 60er Jahre in Frage gestellt<sup>6</sup>, als der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen "publizistischem Landesverrat" gegen den "SPIEGEL" einleitete. Der Anlaß dafür war eine Titelgeschichte zu einem sicherheitspolitischen Thema: Unter dem Titel "Bedingt abwehrbereit" wurde über die Strategiediskussion in der NATO, insbesondere über die Rolle von Atomwaffen in Europa, berichtet.<sup>7</sup> Das Verhalten von Regierung, Justiz und Polizei - wie zum Beispiel die nächtliche Besetzung der Verlagsräume, die Verhaftung des Autors und stellvertretenden Chefredakteurs Conrad Ahlers und seiner Frau in Spanien, die Behinderung der redaktionellen Arbeit und Vorzensur bei den folgenden Ausgaben - "haben die Bundesrepublik nicht nur in eine Regierungskrise, sondern an den Rand einer Staatskrise geführt".<sup>8</sup>

Das Bundesverfassungsgericht benannte in seiner Entscheidung im Rahmen der "SPIEGEL-Affäre" als Funktionen, die für die Massenmedien aus der "öffentlichen Aufgabe" abzuleiten sind, daß die Medien die Bürger informieren, die sich bildenden Meinungen artikulieren und

---

Die neue Internationale Informationsordnung, Frankfurt/M. 1984 (Friedensanalysen Bd. 18) und Tapio Varis (Hg.), Peace and Communication, San José 1986.

5 Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Darmstadt/Neuwied, 1984 (zuerst: 1964), S. 124ff.

6 Abgesehen von der versuchten Fernseh-Gründung durch Bundeskanzler Konrad Adenauer.

7 Der Spiegel, Nr. 41, 10.10.1962.

8 Jürgen Seifert: Die Spiegel-Affäre als Staatskrise, in: Ders. (Hg.), Die Spiegel-Affäre, 2 Bde., Olten/Freiburg, 1966, Bd. 1, S. 37-231, hier: S. 40. Die Affäre führte zum Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers F.-J. Strauß.

beides kommentieren können und müssen.<sup>9</sup> Die Verfassungsrichter stellten darüberhinaus klar, daß das demokratische Prinzip der Öffentlichkeit auch und gerade für den Bereich Sicherheitspolitik und Militär Gültigkeit hat. Sie erteilten damit traditionellen Interpretationen eines "Primats der Außenpolitik" eine klare Absage. Die konservative Auffassung dieses Primats geht davon aus, daß der *Staatsschutz* absoluten Vorrang vor dem *Verfassungsschutz* genießen muß, weil nur dann innenpolitische Freiheit herrschen kann, wenn nach außen hin ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleistet ist.<sup>10</sup> Dagegen meinten die Verfassungsrichter, der Konflikt zwischen Pressefreiheit und dem Schutz des Bestandes der Bundesrepublik nach außen, den die Strafrechtsnormen über den Landesverrat bezwecken, könne aber mit dieser Sicherheitsargumentation nicht von vornherein und allgemein gegen die Pressefreiheit entschieden werden; denn unter dem Bestand der Bundesrepublik, den es zu schützen und zu erhalten gelte, sei nicht nur ihr organisatorisches Gefüge, sondern auch ihre freiheitliche Ordnung zu verstehen. Dieser sei es eigen, daß die Staatsgeschäfte, einschließlich der militärischen, der ständigen Kritik oder Billigung des Volkes unterstehen. Es gehört danach "zu den legitimen Aufgaben der Presse, die grundsätzliche Verteidigungskonzeption einer Regierung, ..., die allgemeine Wirksamkeit der zur Herstellung der Verteidigungsbereitschaft getroffenen Maßnahmen sowie etwaige Mängel und die richtige Verwendung der für militärische Zwecke bereitgehaltenen Haushaltsmittel zu erörtern."<sup>11</sup>

Zurückgewiesen wurde schließlich auch die von den Vertretern der Bundesregierung vorgebrachte "Mosaiktheorie". Nach dieser Theorie liegt ein Verrat von Staatsgeheimnissen auch dann vor, wenn durch systematische Erfassung und zuverlässige Zusammenstellung an sich bekannter oder allgemein zugänglicher Tatsachen ein genaues Gesamtbild eines wichtigen Komplexes der "Landesverteidigung" entsteht, weil hierin eine neue "Erkenntnis" liegen soll, die als selbständiges Staatsgeheimnis gewertet wird. Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichtes ist die Mosaiktheorie aber "auf den publizistischen Landesverrat grundsätzlich nicht anwendbar", weil der Aufgabenbereich der Presse dadurch "unerträglich eingeschränkt" würde. Es sei eine typische Aufgabe der Presse, Nachrichten zu sammeln und zu einem Gesamtbild eines bestimmten Vorgangs oder Komplexes zusammenzutragen, einzelne Informationen zu analysieren, in Beziehung zueinander zu setzen, Schlußfolgerungen daraus zu ziehen und Zusammenhänge aufzudecken.<sup>12</sup>

In der mittlerweile klassisch zu nennenden Untersuchung von Habermas<sup>13</sup> wurde herausgearbeitet, daß die demokratietheoretischen Postulate zwar aufrechterhalten<sup>14</sup>, aber die damit verbundenen Ziele kaum noch realisiert werden können. Im Verlauf des Strukturwandels der Öffentlichkeit, der im wesentlichen in der Entwicklung des sozialen Rechtsstaats unter den Bedingungen kapitalistischer Massenproduktion begründet ist, können und sollen die konstituierenden Träger der Öffentlichkeit (Massenmedien, Parlament, Parteien, Publikum, öffentli-

---

9 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, Nr. 15, Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit von Durchsuchungen in Presseräumen, Band 20, 1967, S. 162-230, hier S. 174f.

10 Vgl. die Darstellung bei Manfred Dormann, Demokratische Militärpolitik, Die alliierte Militärstrategie als Thema deutscher Politik 1949-1968, Freiburg, 1970, S. 95f.

11 Entscheidungen (s. Anm. 9), S. 177ff. Mit dieser Argumentation entsprach das Gericht weitgehend den Anregungen der vom SPIEGEL bestellten Gutachter; vgl. Gerhardt Brandt / Ludwig v. Friedeburg, Aufgaben der Militärpublizistik in der modernen Gesellschaft, Tübingen, 1966.

12 Entscheidungen (s. Anm. 9), S. 180f.

13 Habermas (s. Anm. 5). Auf dieser Arbeit, insbesondere S. 213-279, basiert der folgende Abschnitt.

14 Nicht zuletzt von Journalisten selbst; vgl. z.B. als einen typischen pluralistisch-liberalen Vertreter Jörg Aufermann, Journalistische Objektivität und Programmausgewogenheit, in: Günter Bentele / Robert Ruoff (Hg.), Wie objektiv sind unsere Medien?, Frankfurt, 1982, S. 78-110; vgl. zur Kritik den Aufsatz von Ruoff im selben Band (S. 11-38).

che Meinung) aus der Warte vieler ihrer ursprünglichen Verfechter ihre Kritik und Kontrollfunktion gegenüber staatlicher und gesellschaftlicher Macht immer weniger ausüben. Öffentlichkeit existiert nicht mehr als Rasonnement von Privatleuten, Öffentlichkeit muß erst hergestellt werden, sie wird demonstrativ oder manipulativ "von oben entfaltet". Staat und Verbände bemühen sich um die Zustimmung oder zumindest Duldung des "mediatisierten Publikums". Die Öffentlichkeitsarbeit oder Meinungspflege unterscheidet sich von Werbung dadurch, daß sie die Öffentlichkeit ausdrücklich als politische in Anspruch nimmt. Ergebnis der von oben entfalteten Öffentlichkeit ist nicht das rational gewonnene Urteil eines kritischen Publikums, sondern Publicity.<sup>15</sup> Kritische Publizität wird durch manipulative verdrängt - jedoch nicht gänzlich beseitigt. "Der Streit einer kritischen Publizität mit der zu manipulativen Zwecken bloß veranstalteten ist offen." Als eine verfassungsrechtlich institutionalisierte Norm bestimmt kritische Publizität immerhin einen "wichtigen Teil der Prozeduren, an die der politische Machtvollzug und Machtausgleich faktisch gebunden sind."<sup>16</sup>

Auch der Bereich Militär und Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik ist von dem Strukturwandel betroffen, wobei hier - im Vergleich mit anderen Themengebieten - die Geheimhaltungsinteressen der staatlichen Seite besonders stark und die Tradition einer kritischen Öffentlichkeit besonders schwach ausgeprägt sind.<sup>17</sup> Auch Politiker, die als vergleichsweise fortschrittlich gelten, wie der frühere Bundeskanzler Willi Brandt und der damalige Außenminister Walter Scheel teilen den Standpunkt, daß der außen- und sicherheitspolitische Bereich zu "sensibel" für demokratische Meinungsbildung und Partizipation sei.<sup>18</sup>

Ende der 60er Jahre, nachdem Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik zu einem breiter diskutierten Gegenstand geworden ist, bekannte sich die Bundeswehr auf der deklaratorischen Ebene zu dem normativen Begriff von Öffentlichkeit. Im Weißbuch 1970 heißt es, "jede Ansammlung von Macht erzeugt in einer Demokratie Spannungen, Mißtrauen und Wachsamkeit. Die Bundeswehr ist ... das stärkste Instrument staatlicher Macht. Dieses Instrument bedarf deshalb der wachsamen Kontrolle."<sup>19</sup> In der Praxis ging jedoch nicht nur der massive Angriff auf den "SPIEGEL" und damit ein "Staatsstreich en miniature"<sup>20</sup> auf das Konto des BMVg. Nach wie vor gelte die Tatsache, daß Verschwiegenheitspflicht zur militärischen Disziplin gehöre. Die Folge sei eine wie in keinem anderen Bereich anzutreffende Verwischung "der Grenzen zwischen sachlich notwendiger Geheimhaltung und blanker Willkür der Exeku-

---

15 Diese mit Meinungsumfragen ermittelte und als "öffentliche Meinung" der bundesdeutschen Bevölkerung präsentierte "stimmungshaften Konformität" wird von der Bundeswehr (ehrlicherweise) mit dem Etikett "wohlwollender Gleichgültigkeit" versehen. Vgl. Weißbuch 1973/74, zitiert nach Matthias Münch, Bundeswehr - Gefahr für die Demokratie?, Köln, 1983, S. 179; vgl. zu relativitätstüchtigeren Einschätzungen z. B. Wolfgang R. Vogt (Hg.), Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Legitimitätskrise. Analysen zum Prozeß der Delegitimierung des Militärischen im Kernwaffenzeitalter, Baden-Baden, 1983; insbesondere zum politisch zweckdienlichen Einsatz von Meinungsumfragen Berthold Meyer, Der Bürger und seine Sicherheit: Zum Verhältnis von Sicherheitsstreben und Sicherheitspolitik, Frankfurt M./New York, S. 30ff.

16 Jürgen Habermas, (s. Anm. 5), S. 279.

17 Vgl. zur mangelhaften Demokratisierung von Außenpolitik Ulrich Albrecht, Internationale Politik, Einführung in das System internationaler Herrschaft, München / Wien 1986, S. 152ff.

18 Vgl. Gerhard Wittkämper (Hg.), Medienwirkungen in der Internationalen Politik, 2 Bde., Münster 1986, S. 169ff.

19 Weißbuch 1970, Ziffer 143, zitiert nach Dankward v. Funck, Militarismustendenzen in der Bundesrepublik, in: Bernd C. Hesselein (Hg.), Die unbewältigte Vergangenheit, Fünf Offiziere zur Krise der Inneren Führung, Reinbek, 1977, S. 136-147, hier S. 136; Funk verweist aber darauf, daß sich bei den folgenden Weißbüchern eine Entwicklung zu einer das "demokratische Bewußtsein ruinierenden Informationspolitik der Bundeswehr" verfolgen läßt (S. 145); eine vergleichbare normative Formulierung findet sich erst wieder in: BMVg (Hg.), Weißbuch '85, Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, Bonn, 1985, Ziffer 331. Vgl. auch Joachim Kannicht, Die Bundeswehr und die Medien - Material zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen, Regensburg, 1982, S. 3.

20 Jürgen Seifert (s. Anm. 8), hier S. 224.

tive".<sup>21</sup> Man konnte deshalb "den Eindruck gewinnen, der Offizier betrachte nicht den möglichen Gegner jenseits des Eisernen Vorhangs als seinen Feind, sondern die Organe der öffentlichen Meinung".<sup>22</sup> Noch Mitte der 70er Jahre beobachtete ein Fach-Journalist, die Soldaten neigten "zu der Auffassung, die Presse habe der Selbstdarstellung der Bundeswehr nach außen zu dienen".<sup>23</sup> Die Öffentlichkeit werde nicht als kritische Einrichtung, sondern überwiegend als Rückhalt für die Armee verstanden. Darüberhinaus werde mit restriktiver Informationspolitik genau jene uninformierte Öffentlichkeit geschaffen, deren Uninformiertheit dann wieder Anlaß und Alibi dazu seien, ihr weitere Informationen vorzuenthalten und sie für nicht sachverständig und reif genug zu erklären. Ein langjähriger Spiegel-Redakteur verweist außerdem darauf, daß die eigentlich festgeschriebene Auskunftspflicht der Behörden eine stumpfe Waffe ist und stattdessen - zum Beispiel mit einseitigen "Kräftevergleichen" - "ständig Falschinformation betrieben" wird<sup>24</sup>, wobei die Öffentlichkeitsbearbeitung in polarisierten Situationen zu mit großem Aufwand betriebenen Kampagnen ausgebaut wird, wie beispielsweise bei der "Nach"-Rüstungskampagne der Bundesregierung im Herbst 1983.<sup>25</sup>

Die Massenmedien ihrerseits haben die "öffentlichen Aufgabe", durch Information, Artikulation und Kritik zur Kontrolle der politischen und militärischen Macht beizutragen, überwiegend nicht erfüllt. Die kritische Funktion des größten Teils der Publizistik gegenüber der Bundeswehr beschränke sich auf die Entsendung von technisch zu beeindruckenden Manöver-Mitmachern. Es sei bedrückend, wie wenig Kenner dem Riesenunternehmen Bundeswehr gegenüberstehen. "Die Zahl der Journalisten, die sich ausschließlich mit Sicherheitspolitik beschäftigen, läßt sich im Bereich der Tagespresse fast an einer Hand abzählen."<sup>26</sup> Bei der Veröffentlichung der ersten ausführlichen wissenschaftlichen Kritik am NATO-Verteidigungskonzept mit Atomwaffen erzwangen die Medien nicht etwa die immer wieder hinausgezögerte Stellungnahme der Bundesregierung - im Gegenteil: "Die meisten Kommentatoren spielten gleich selber Verteidigungsministerium und 'widerlegten' die Studie."<sup>27</sup> In einer Analyse der Fernsehsendungen von August 1975 bis Dezember 1976 kamen Autoren des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr zu dem Ergebnis, daß "in dem Medium mit der größten Glaubwürdigkeit in der Sicht der Rezipienten eine problem- und funktionsbezogene Darstellung der Streitkräfte fast völlig" fehlte.

"In den Programmsparten, die den TV-Alltag ausmachen, fehlen weitgehend Bezüge zu den Streitkräften; bei Sendungen zur Sicherheitspolitik finden die NATO durchschnittliche, die Bundeswehr kaum Erwähnung; die Bundeswehr wird nicht im Rahmen ihrer militärstrate-

---

21 Dormann (s. Anm. 10), S. 95ff.

22 So der Fachjournalist der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) im März 1963, hier zitiert nach Dormann (s. Anm. 10), S. 101.

23 Christian Potyka, Die vernachlässigte Öffentlichkeit, Zur Diskussion militärpolitisch-strategischer Fragen in der BRD unter besonderer Berücksichtigung der Presse, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hg.), Sicherheitspolitik, Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit, Bad Honnef-Erpel, 1978, S. 527-544, hier S. 537. Potyka war Redakteur bei der "Süddeutschen Zeitung" (SZ).

24 Alexander v. Hoffmann, Nachrichtensperre - Auskunftspflicht, in: Bernt Engelmann u. a. (Hg.), Anspruch auf Wahrheit, Wie werden wir durch Presse, Funk und Fernsehen informiert?, Göttingen, 1981, S. 137-144, hier S. 140.

25 Vgl. Der Journalist, Nr. 10/1983, S. 26-28; vgl. auch Fritz Michael (Hg.), Die tägliche Mobilmachung, oder: Die unfriedlichen Strukturen der Massenmedien, Göttingen, 1984.

26 Christian Potyka (s. Anm. 23), S. 535.

27 Ebenda, S. 531. Gemeint ist hier Carl Friedrich v. Weizsäcker (Hg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München, 1971; vgl. zu ähnlichen Pressereaktionen im "Fall Heye" Wilfried v. Bredow, Der Primat militärischen Denkens, Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit, Köln, 1969, S. 135f.

gischen Funktionen und ihrer Probleme dargestellt, sie erscheint eher als Katastrophenschutztruppe oder Feuerwehr."<sup>28</sup>

In einer deskriptiven Untersuchung von Tages- und Wochenzeitungen zum Thema "Ersteinsatzverzicht" wurden "empfindliche Schwachstellen" in der Berichterstattung konstatiert: "teilweise stark verzögerter Einstieg in die Debatte, mangelhafte Berücksichtigung alternativer Verteidigungskonzepte, unkorrekter Umgang mit wichtigen Termini, Fehlen von Analysen und Stellungnahmen."<sup>29</sup> Eine ähnlich unrühmliche Bilanz zieht der Fachredakteur der Frankfurter Rundschau, Anton-Andreas Guha, über die Berichterstattung zum Thema "Nach"-Rüstung:

"Die Berichterstattung der bundesdeutschen Presse über die komplexe Problematik der Grauzonenwaffen muß ... als Versagen vor ihrer vornehmlichsten Aufgabe ... bewertet werden. Die Öffentlichkeit ist über wesentliche Tatbestände nicht informiert, kann sich daher auch kein realitätsgerechtes Urteil bilden. (...) Erhebliche Informationsdefizite sind bei einem Großteil der Journalisten und Redakteure festzustellen, weniger auf Grund individueller Unzulänglichkeit, sondern auf Grund struktureller Gegebenheiten und der Arbeitsbedingungen."<sup>30</sup>

In politisch zugespitzten Situationen - wie der Debatte um die "Nach"-Rüstung - reicht der der Einfluß der Parteien auf bzw. der vorrauseilende Gehorsam in Massenmedien soweit, daß engagierte Redakteure Moderationsverbot bekommen (Franz Alt, Report), Sendungen abgesetzt werden (Dieter Hildebrandt, Scheibenwischer) und Redaktionsanweisungen in der Regionalpresse für die richtige, d. h. meist regierungsfreundliche Linie des Blattes sorgen.<sup>31</sup> Auch von dpa sind inhaltliche Anweisungen und Sprachregelungen bekannt, "die als 'Denkanstöße' in die tägliche Redaktionsarbeit einfließen".<sup>32</sup>

Die Ursachen für "das Versagen" der Massenmedien sind im Strukturwandel der Öffentlichkeit begründet. Der spezielle Anteil der Medien an diesem Strukturwandel ist ihre "Verselbstständigung" zu privatwirtschaftlichen Unternehmen. Marktwirtschaftliche Effektivitätsgesetze haben u. a. eine nicht ausreichende Beschäftigung von qualifizierten Redakteuren zur Folge. Darüberhinaus ist dem Verleger und Herausgeber mit der Tendenzschutzregelung im Betriebsverfassungsgesetz die Möglichkeit gegeben, die politische Linie des Blattes festzulegen;

28 Ralf Zoll, Militär und Gesellschaft in der Bundesrepublik - Zum Problem der Legitimität von Streitkräften, in: Ders. (Hg.), Wie integriert ist die Bundeswehr?, München, 1979, S. 41-76, hier S. 55.

29 Kurt Kister, Sicherheitspolitik im Zerrspiegel? Strukturen und Defizite sicherheitspolitischer Berichterstattung in der politischen Tages- und Wochenpresse, in: Wolfgang R. Vogt (Hg.), Streitfall Frieden, Positionen und Analysen zur Sicherheitspolitik und Friedensbewegung, Heidelberg, 1984, S. 261-272, hier S. 271; hier wurden neben FAZ, FR und SZ der SPIEGEL, STERN und "Rheinische Merkur" sowie die ZEIT und das "Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt" einbezogen.

30 Anton-Andreas Guha, Beispiel "Grauzone", Anmerkungen zur Presseberichterstattung über militär- und verteidigungspolitische Fragen, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hg.), Aufrüsten, um abzurüsten?, Informationen zur Lage, Reinbek, 1980, S. 94-106, hier S. 105. Dieses Urteil wurde inzwischen mit einer empirischen Analyse der Berichterstattung der überregionalen Tageszeitungen in der Bundesrepublik über das Thema "Nach"-Rüstung in ausgewählten Zeiträumen von November 1978 bis Dezember 1979 bestätigt; vgl. Christine Kolmar, Sicherheitspolitik und Öffentlichkeit, Dissertation, FU Berlin, 1983, bes. S. 389f. Weitere Untersuchungsergebnisse (nicht nur für die Bundesrepublik) referiert Hans Heinz Fabris, Krieg in den Medien - Zwischen Sensation und Vergessen, in: Dialog, Beiträge zur Friedensforschung, Bd. 16, Nr. 3/1989, S. 7-18.

31 Vgl. zu diesen und anderen Beispielen Hans-Peter Riese, Der Griff nach der vierten Gewalt, Zur Situation der Medien in der BRD, Köln, 1984; Frauke Höbermann (Hg.), Der Kampf um die Köpfe, Oder: Die Nachrichten in den Medien, Göttingen, 1984; Eckart Spoo, Gleichschaltungsversuche, Hinter den Kulissen der Pressefreiheit, Beispiel Friedensstreit, in: medium, 1983, Nr. 12, S. 3-6.

32 Hilmar Bahr, Das Berufsbild des Nachrichtenjournalisten am Beispiel der Deutschen Presse-Agentur, Magisterarbeit, FU Berlin, 1977, S. 120. Beispiele aus neuerer Zeit bei Heinz Willi Gross, Die Deutsche Presse-Agentur, Schaltstelle der Macht, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Nr. 7/1983, S. 979-993, hier S. 987f.

das war in der Geschichte der Bundesrepublik meist gleichbedeutend mit Nicht-Beachtung oder Befürwortung der Bundeswehr und der offiziellen Sicherheitspolitik.<sup>33</sup> Zusätzlich führen journalistische Maximen zur Berichterstattung - hier vor allem die "Gebote" der Aktualität, der Konzentration auf "wichtige" Ereignisse und Handlungsträger - zur zusammenhanglosen Aneinanderreihung von "news". Guha verweist zusätzlich zu diesen rechtlichen, politischen, ökonomischen und journalistischen Restriktionen auf die Abhängigkeit der Massenmedien von Nachrichtenagenturen als ein "weiteres folgenschweres Problem". Für die Agenturen gelten "Kostenüberlegungen und sonstige Zwänge mindestens genauso".<sup>34</sup> Auch bei dpa gibt es nach Auskunft des stellvertretenden Chefredakteurs keine speziell für den Themenbereich Sicherheitspolitik ausgebildeten Fachredakteure; die Qualifizierung bestehe im Rahmen einer groben Arbeitsteilung in größeren Büros aus "jahrelanger Erfahrung". Der Chefredakteur der "Schweizerischen Depeschen-Agentur" meint dagegen, "gerade der Agenturjournalist (vor allem in den Zentralen, wk) kann unmöglich auf allen ... Gebieten beschlagen sein", aus denen er Informationen zu verarbeiten hat.<sup>35</sup> Das Stichwort vom "Fetzen-Journalismus" trifft besonders auf Nachrichtenagenturen zu, die wie dpa eine ihre wichtigsten Funktionen darin sehen, schnell (vor allem schneller als die Konkurrenz) über ein Ereignis zu berichten.<sup>36</sup> dpa selbst begründet die Notwendigkeit schnellster Übermittlung außerdem mit der Entscheidungs- und Reaktionsfähigkeit staatlicher Stellen "vor allem in Krisenzeiten - und wann ist diese Welt wirklich ohne Krise?"<sup>37</sup> Redakteure aus der Hamburger dpa-Zentrale sahen mit dem Ausbau der elektronischen Nachrichtenverarbeitung (ERNA) und die damit gesteigerten Übermittlungsgeschwindigkeiten eine weitere Verschärfung der zeitlichen und thematischen Arbeitsbelastung auf sich zukommen.<sup>38</sup> Daß der Anspruch auf analytische und hintergründige Berichterstattung aber auch und gerade von Nachrichtenagenturen eingelöst werden könnte, wird immer wieder von Insidern betont.<sup>39</sup>

Kritische Kommunikationswissenschaftler haben Vorschläge und Kriterien dafür entwickelt, wie die "öffentliche Aufgabe" von den Massenmedien unter den heute strukturell anderen Bedingungen dennoch erfüllt und damit das emanzipative Potential dieser aufklärerischen Norm wirksam werden kann. Sie beziehen sich notwendig sowohl auf die Strukturen der politischen Kommunikation, als auch auf Form und Inhalt der Berichterstattung.

Als zentrale Forderung kann die nach "innerer Öffentlichkeit" in den Einrichtungen gelten, die die Willens- und Meinungsbildung in einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie mitbestimmen und ermöglichen. Die in komplexen Gesellschaften nicht praktikierbare direkte Beteiligung jedes Einzelnen soll über die Demokratisierung politischer Kommunikationsinstan-

---

33 Was sich auch in der Beibehaltung und Pflege von Feindbildern zeigt, die wie das von der UdSSR als Hauptvertreterin "des Kommunismus" seit Entstehen der BRD und ihres Mediensystems zur nationalen Identität gehören. Vgl. z. B. Karl-Günther Theobald / Gert Sommer, Feindbilder: Ihre Produktion und Funktionalisierung am Beispiel der Friedensnobelpreisverleihung an die IPPNW, in: Bewußt-Sein für den Frieden, Rundbrief der Friedensinitiative Psychologie und Psychosoziale Berufe, Nr. 1/2, April 1989, S. 16-22, die hier die Ergebnisse einer Inhaltsanalyse von sechs bundesdeutschen Tageszeitungen aus dem Zeitraum 12.10.-11.12.1985 wiedergeben.

34 Guha, (s. Anm. 30), S. 96.

35 Hans-Peter Kleiner, Die politische Publizistik aus der Sicht des Publizisten: Agenturen, in: Arnim Walpen / Franz Zölich (Hg.), Politik und Publizistik - Publizistik und Politik, Festschrift für Oskar Peck, Aarau, 1981, S. 119-126, hier S. 120.

36 "Da vorraussichtlich ohnehin alle dasselbe melden werden ..., hängt die Abdruckchance und damit nicht nur der kommerzielle, sondern auch der journalistische Erfolg davon ab, zuerst zu melden." Kleiner (s. Anm. ...), S. 122f.

37 Deutsche Presse-Agentur (Hg.), 1949-1974, 25 Jahre DPA, Hamburg, 1974, S. 40f.

38 Bahr (s. Anm. 32), S. 114; der Aufbau von "ERNA 1" begann 1973, 1985 wurde "ERNA 3" in Betrieb genommen.

39 So z. B. von Kleiner (s. Anm. 35), S. 121ff. und Wolf Schneider, Unsere tägliche Desinformation, Wie die Massenmedien uns in die Irre führen, Hamburg, 1984, S. 25Off.

zen (Massenmedien, Parteien, Verbände) vermittelt werden.<sup>40</sup> Da aber das "allgemeine Interesse" an einer funktionierenden kritischen Öffentlichkeit bei den meisten Beteiligten in der Bundesrepublik sich als nicht vorhanden erwies<sup>41</sup>, versuchten die an einer kritischen Publizität Interessierten, eine Gegen-Öffentlichkeit in Form von anderen Medien mit anderen Inhalten zu etablieren.<sup>42</sup> Dennoch ist es richtig, die Änderung der bestehenden Strukturen zu fordern - wie es auch in Bezug auf dpa noch geschieht. Die Deutsche Presse-Agentur müsse auf eine andere Basis gestellt werden, wenn zum Beispiel eine bessere Auslandsberichterstattung erreicht werden soll; zur Zeit sei die dafür notwendige Verdopplung oder Verdreifachung der Zahl der Auslandskorrespondenten wegen des Geschäftsinteresses der Verleger, dieses Instrument so billig wie möglich zu halten, kaum zu erwarten.<sup>43</sup> Ein außerhalb des Medienbereiches angesiedeltes Strukturdefizit, das bis Anfang der 70er Jahre bestand - das Fehlen einer "strategy community"<sup>44</sup> - kann durch die Etablierung v. a. der Friedensforschung als gemildert angesehen werden.

Zu Form und Inhalt der Berichterstattung hatte das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zur "Spiegel-Affäre" bereits einige Kriterien festgehalten. Diese noch relativ formale Bestimmung der Funktionen der Massenmedien wurde von normativ argumentierenden Kommunikationswissenschaftlern<sup>45</sup> "qualitativ präziser bestimmt".<sup>46</sup> Dazu gehört vor allem, daß nicht nur die Meinungen der herrschenden gesellschaftlichen Gruppen artikuliert werden, sondern sich die "öffentliche Meinung auch gegen diese Interessen bilden können" muß<sup>47</sup>, indem möglichst alle sozialen Gruppen einbezogen werden. Nach der Devise, daß in einer Demokratie "öffentliche Kritik auf alles und jedes gerichtet sein (dürfen) muß" und Kritik "das Messen von Verhaltensweisen an bestimmten Normen" heißen soll<sup>48</sup>, zählen die Autoren in Anlehnung an Max Weber die Überprüfung der "Richtigkeit" (das Verhältnis bestimmter Mittel/Methoden zur Erreichung bestimmter Zwecke) und "Gerechtigkeit" (der mit diesen Zwecken zu erreichenden Ziele) von Politik zu den möglichen Ebenen der öffentlichen Diskussion. Mutz führt als dritte, eventuell "existenzentscheidende Rationalitätsdimension" bei Fragen der Außenpolitik und Militärstrategie im Atomzeitalter die Überprüfung des "Verhältnisses der eigenen Werte bzw. des nationalen Eigeninteresses zu den Le-

---

40 Vgl. z. B. Habermas (s. Anm. 5), S. 292 u. 274

41 Wie v. a. bei den Reformansätzen zu Beginn der sozialliberalen Koalition Anfang der 70er Jahre zu sehen war. Habermas hielt es noch für möglich, daß die gesellschaftlichen Interessengegensätze entweder durch das Bewußtwerden der atomaren Bedrohung oder durch eine Überflußproduktion aufgehoben werden könnten; vgl. Habermas (s. Anm. 5), S. 276f.

42 Siehe den Gründungsboom kritischer Zeitschriften seit Anfang der 70er Jahre bis hin zur "taz" 1979. Vgl. zu theoretischen Aspekten Oskar Negt / Alexander Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung, Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*, Frankfurt, 1972 und zu den praktischen Erfahrungen die Aufsätze im Schwerpunkt "Medien und Neue Soziale Bewegungen" des Forschungs-journals *Neue Soziale Bewegungen*, 2. Jg., H. 1, Febr. 1989.

43 Rolf Kuntze, *Wie dpa über Afrika berichtet*, in: Bernt Engelmann u. a. (Hg.), *Anspruch auf Wahrheit, Wie werden wir durch Presse, Funk und Fernsehen informiert?*, Göttingen, 1981, S. 50.

44 Vgl. Brandt/Friedeburg (s. Anm. 11), S. 15.

45 Diese grenzen sich vor allem von konservativen Anpassungsstrategien an das festgestellte realdemokratische Defizit ab, die auf verschiedenen Wegen auf eine Beseitigung oder Reduktion der "normativen Basis" (wie in verschiedenen Formen der "politischen Elitenherrschaft" von Berelson/Janowitz, Schumpeter, Hennis und Fraenkel) oder auf die Umfunktionierung ihrer Instrumente und Verfahren zur sozialen Kontrolle (wie z. B. der öffentlichen Meinung bei Noelle-Neumann) hinauslaufen; vgl. Rainer Geißler, *Massenmedien, Basiskommunikation und Demokratie, Ansätze zu einer normativ-empirischen Theorie*, Tübingen, 1973, S. 32ff.; Habermas, (s. Anm. 5), S. 278ff. und Bredow (s. Anm. 27).

46 Geißler, (s. Anm. 45), S. 31.

47 Riese, (s. Anm. 31), S. 157.

48 Bredow (s. Anm. 27), S. 32f.

bensinteressen umgebender Gesellschaften" an.<sup>49</sup> Die sicherheitspolitische Debatte muß deshalb die verschiedensten Inhalte und Themen berühren: Fragen wie die Höhe des Verteidigungshaushaltes, Umfang, Organisation, Ausrüstung und Struktur bis hin zu einzelnen Waffensystemen der Streitkräfte und deren ziviler Kontrolle gehören ebenso wie die Diskussion der Zwecke (Verteidigung, Abschreckung, Kriegführung) und Ziele (Überleben, Sicherheit, Selbstbestimmung, Demokratie) dazu.<sup>50</sup> Neben der ideologiekritischen Benennung von Werturteilen, Interessen und Motiven politischer Akteure, die auch voraussetzt, Lenkung und Planung gegenüber vermeintlichen Sachzwängen deutlich zu machen<sup>51</sup>, sei es geradezu das "dringlichste Geschäft" der öffentlichen Kritik, der Einengung der Diskussion auf Mittel und Methoden "für schon gesetzte Zwecke zu widerstehen".<sup>52</sup> Demzufolge sind auch alternative Konzepte für die Sicherheits- und Außenpolitik relevante Themen, die nicht vernachlässigt werden dürfen.

### 3. FUNKTION UND BEDEUTUNG DER DEUTSCHEN PRESSE-AGENTUR (DPA)

Die "Deutsche Presse-Agentur" (dpa) ist in mehrerer Hinsicht die wichtigste Nachrichtenagentur in der Bundesrepublik und als solche eine der wichtigsten Schaltstellen im Prozeß der (sicherheits-) politischen Kommunikation. Ihre Wichtigkeit erklärt sich aus ihrer stofflich-technischen Funktion, der ökonomisch dominierenden Position und ihrer speziellen kommunikativen Bedeutung als "Themensetzerin" und besonders glaubwürdiger Quelle.

Der gesellschaftliche Informationsbedarf konnte - hauptsächlich in Folge der industriellen Massenproduktion - bereits seit dem letzten Jahrhundert nicht mehr von einem einzelnen Medium wirtschaftlich erfüllt werden, sondern nur noch durch die "Kooperation mehrerer Presseunternehmen auf dem Sektor der Nachrichtenproduktion".<sup>53</sup> Gleichzeitig bekamen Nachrichtenagenturen im Zuge der Entstehung immer größerer politischer Machtzentren auch für den staatlichen Bereich eine wachsende Bedeutung; die Agenturen der frühen westeuropäischen imperialistischen Staaten wurden ausnahmslos unterschiedlich stark staatlich abhängig. Wesentliche technische Neuerungen dienten oft sowohl politischen als auch militärischen Interessen.<sup>54</sup> Die Notwendigkeit, die Nachrichtenbeschaffung durch Auslagerung und Spezialisierung entsprechender Kapazitäten zu rationalisieren und zu zentralisieren, zeigte sich nach der Restauration kapitalistischer Verhältnisse auch in der Bundesrepublik wieder. Im August 1949 wurde durch den Zusammenschluß der bis dahin schon einige Zeit arbeitenden "Zonenagenturen" deshalb die "Deutsche Presse-Agentur" gegründet.<sup>55</sup>

Vom stofflich-technischen Aspekt der Nachrichtensammlung und -verbreitung her ist es also zutreffend, von einer "Abhängigkeit" der Medien (und anderer Kunden) von Nachrichtenagenturen zu sprechen. Gleichzeitig ist die konkrete Ausgestaltung dieser Funk-

---

49 Reinhard Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit, Probleme der Analyse, Kritik und Kontrolle militärischer Macht, München/Wien, 1978, S. 87; Brandt / Friedeburg, (s. Anm. 11), S. 10.

50 Brandt / Friedeburg (s. Anm. 11), S. 28 u. 120ff.

51 Geißler, (s. Anm. 45), S. 54.

52 Mutz, (s. Anm. 49), S. 86.

53 Heinz-Willi Gross, Die Deutsche Presse-Agentur, Historische Analyse ihrer Organisations- und Machtstruktur, externer Interessenverflechtungen und der Position auf dem bundesdeutschen Nachrichtenmarkt, Frankfurt, 1982, S. 10f.

54 Vgl. Bernd Blöbaum, Nachrichten in den Nord-Süd-Beziehungen, Eine Studie zur Entwicklung, Struktur und Reform der Weltnachrichtenordnung, Berlin, 1983, S. 47ff.

55 Vgl. zu den Entwicklungen und Interessen Gross 1982 (s. Anm. 53), S. 30-89 und Gert Walter Minet, Nachrichtenagenturen im Wettbewerb, Köln (Diss.), 1977, S. 18ff.

tion aber von den Interessen der Besitzer und Kunden der Agentur abhängig. Da noch dazu diese zwei Interessengruppen (nicht nur) bei dpa zusammenfallen, wäre es falsch, von einer Autonomie der Agentur auszugehen.<sup>56</sup> Genaue Zahlen darüber, in welchem Ausmaß die Massenmedien in der Bundesrepublik ihre Informationen über Korrespondenten selbst beschaffen, oder wie stark der Anteil des fremdbeschafften Materials durch Nachrichtenagenturen ist, sind nicht zugänglich. "Naturgemäß" ist die Abhängigkeit bei Auslandsnachrichten größer. Die aktuellste Angabe besagt, daß etwa zwei Drittel aller Meldungen "in deutschen Zeitungen" und beim Hörfunk von Agenturen stammen.<sup>57</sup> Die "heute"-Sendung des ZDF hat für Auslandsmeldungen "fast keine eigenen Wortkorrespondenten", bestreitet aber die Inlandsberichterstattung "fast ausschließlich durch Eigenproduktionen". Die ARD-"Tagesschau" produziert 60% der Inlands-, aber nur acht Prozent der Auslandsmeldungen selbst und bezieht "etwa zehn Prozent von den Eurovisionspartnern".<sup>58</sup>

Die zentrale Rolle der dpa als Nachrichtenlieferantin in der Bundesrepublik ist angesichts der Tatsache, daß sie ein gemeinschaftliches Tochterunternehmen der bundesdeutschen Massenmedien ist, eigentlich nicht verwunderlich. Ihre "überragende Stellung" ist darauf zurückzuführen, "daß sie als erste deutsche Agentur nach dem Zweiten Weltkrieg entstand" und die Verlagshäuser und Rundfunkanstalten als Eigentümer "natürlich ihre Agentur" abonnieren, auf deren Angebot sie Einfluß haben.<sup>59</sup> dpa hat ein "Quasi-Monopol"<sup>60</sup> sowohl bei den Massenmedien (insbesondere den Tageszeitungen) als auch bei der Zahl der sonstigen Bezieher.<sup>61</sup> "Lediglich ein kleines Provinzblatt in Niedersachsen und eine kommunistische Zeitung im Ruhrgebiet verzichteten 1983 auf den dpa-Dienst."<sup>62</sup> 1986 wurde der Basisdienst "an alle publizistischen Einheiten mit Ausnahme der UZ" geliefert.<sup>63</sup>

Die Bedeutung von dpa geht in publizistischer Hinsicht aber über den stofflich-technischen Charakter der Nachrichtenbeschaffung und -verbreitung hinaus. dpa ist für die Massenmedien eine entscheidende kommunikative Instanz, weil sie erstens als erster "gate-keeper" im "Nachrichtenfluß" darüber entscheidet, welche Ereignisse und Informationen überhaupt wich-

56 Die Gesellschafteranteile von dpa wurden 1977 zu 82,2% von kommerziellen Verlagen (hauptsächlich Tagespresse), 11,2% von den Rundfunkanstalten und 6,6% von der Organisationspresse gehalten; nach Gross (s. Anm. 53), S. 150ff. Gross weist ausführlich nach, daß die oft behauptete und als Unabhängigkeitsgarantie dargestellte Regelung, daß jeder Gesellschafter nur 1,5% des Stammkapitals halten darf, also die breite Streuung der Anteile nicht real existiert, sondern die Stimmenmehrheit bei den führenden Großverlegern konzentriert ist.

Daß das Verbot einer staatlichen Beteiligung an der GmbH nicht identisch ist mit politischer Unabhängigkeit, zeigt eine Untersuchung über die anhaltende CDU-Dominanz (und die Nicht-Repräsentanz des DGB als größtem Anteilseigner <5,4%> der nicht kommerziellen Presse) im für eine GmbH ungewöhnlich starken Aufsichtsrat seit 1950; vgl. dazu Antje Stentjeberg, Der Fall Fritz Sänger, Chronologie einer Auseinandersetzung um die Neutralität der Deutschen Presse-Agentur und ihren Chefredakteur, Magisterarbeit, FU Berlin, 1976, S. 120ff.

57 Gemeint sind hier die Massenmedien in der Bundesrepublik. Höhne erweist sich auch in anderen Dingen als fragwürdige Quelle. Andere Daten über Nachrichtenagenturen sind aber nur sehr selten verfügbar, weil nicht veröffentlicht. Vgl. eine ausführliche Quellenkritik bei Karl (s. Anm. 3), S. 50ff.

58 Hansjoachim Höhne, Report über Nachrichten, Neue Medien geben neue Impulse, Baden-Baden, 1984, S. 244ff.

59 Minet, (s. Anm. 55), S. 220.

60 Manfred Steffens, Das Geschäft mit der Nachricht, Agenturen - Redaktionen - Journalisten, Hamburg, 1969.

61 "Sonstige Bezieher" des Basisdienstes sind "Regierungsstellen, Parlamente, Parteien, Verbände, Industrieunternehmen, Gewerkschaften, ausländische Medienkorrespondenten und diplomatische Vertretungen"; Höhne (s. Anm. 58), S. 269. Die folgenden Zahlen der sonstigen Bezieher geben den Stand von 1983 wieder: dpa = 133, ddp = 12, AP = 8, Reuter = 7, AFP = 3; Höhne (s. Anm. 58), S. 263.

62 Höhne, (s. Anm. 58), S. 263. Dieser Autor gibt die folgenden Zahlen für das Jahr 1983 an. Von den 126 existierenden publizistischen Einheiten der Tagespresse (in Klammern jeweils der Anteil, den diese publizistischen Einheiten an der Gesamtauflage haben in Prozent) bezogen 124 (99,6%) dpa, 73 (79,4%) AP, 30 (28%) ddp, 28 (49,3%) Reuters und 8 (32,5%) AFP; vgl. ebenda, S. 260.

63 Nach Auskunft des stellvertretenden Chefredakteurs Heinz Köster im September 1986. "UZ" = Unsere Zeit = "kommunistische Zeitung im Ruhrgebiet".

tig genug sind, um eine weiterverbreitungswürdige Nachricht zu sein<sup>64</sup> und weil sie zweitens über Art und Umfang der Berichterstattung bestimmte Themen besonders 'wichtig' machen kann. Sowohl die absolute (Selektion), als auch die relative Gewichtung des Meldungsangebotes hat eine "agenda-setting"-Wirkung auf die Massenmedien, die noch durch eine besondere Glaubwürdigkeit, die die Massenmedien "ihrer Agentur" entgegenbringen, verstärkt wird.<sup>65</sup> Die Vorstellungen vom Rang der Weltereignisse orientiert sich nach Meinung eines Insiders bei den meisten Funk- und Presseredakteuren an der Papierflut oder dem Eil-Klingeln der Agenturen. "Wenn dpa eine Vorrangmeldung klingeln läßt, läßt eine ähnliche von AP nicht lange auf sich warten; was alle Agenturen unter 'Vorrang' und mit mehreren Tages- und Abendzusammenfassungen melden, das stellt kein Zeitungsredakteur auf Seite sieben - und umgekehrt: Die Auslandskorrespondenten renommierter Tageszeitungen haben manchmal Schwierigkeiten, einen Exklusivbericht oder eine von den Agenturen abweichende Informationsgewichtung bei ihrer Heimatredaktion loszuwerden. So stark ist unter Journalisten die Überzeugung verwurzelt, die agenda hätten die Agenturen zu setzen."<sup>66</sup> Ein dpa-Redakteur meint, die Hamburger Agentur wird "zu einer Art Institution in der Bundesrepublik mit einem fast amtlichen Charakter. ... Ganz schlicht: wenn es die dpa gemeldet hat, dann ist es wohl getan".<sup>67</sup>

Die Angaben darüber, wieviele Informationen und Ereignisse von dpa nicht zu einer Nachricht gemacht und weiterverbreitet werden, sind nicht sehr präzise. Die Agentur gibt für Anfang der 70er Jahre an, das Grundmaterial für den Basisdienst habe den fünf- bis achtfachen Umfang des ausgesendeten Materials.<sup>68</sup> Einer anderen Angabe aus dem gleichen Zeitraum zufolge, betragen "nach Schätzungen, die für alle Agenturen gleich aussehen", die Zahl der ausgesendeten Wörter ein Zehntel bis ein zwanzigstel der eingehenden Wortmenge.<sup>69</sup> Anfang der 80er Jahre hatte der Basisdienst - "das wichtigste Informationsmittel der Medien in der Bundesrepublik" - einen täglichen Umfang von circa 60.000 Wörtern, verteilt auf ungefähr 300 Meldungen.<sup>70</sup>

---

64 Mit dem mechanistischen "Nachrichten-Fluß"-Modell wurden über Jahrzehnte die Kriterien und Bedingungen untersucht, nach den Journalisten ("Schleusenwärter") in Massenmedien Meldungen weiterverbreiten oder aussortieren. Die gate-keeper-Forschung ist dabei sowohl hinsichtlich der Beschränkung auf technizistische, organisatorische und individualistische Fragestellungen, als auch mit der gleichzeitigen Ausblendung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen für die Stellung und Funktion der Massenmedien und der in ihnen als abhängig Beschäftigte arbeitenden Journalisten der übrigen dominierenden empirisch-generalisierenden Forschung gefolgt. Vgl. z. B. Wolfgang Langenbucher (Hg.), *Zur Theorie der politischen Kommunikation*, München, S. 7-24, hier: S. 11. Nachrichtenagenturen wurden erst in den letzten Jahren in die Betrachtung einbezogen; vgl. z. B. Hans-Joachim Lang, *Parteipressemitteilungen im Kommunikationsfluß politischer Nachrichten*, Frankfurt, 1980; Barbara Baerns, *Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus?*, Köln, 1985.

65 Die agenda-setting-Forschung erfasste bisher fast ausschließlich den Wirkungsaspekt der Massenmedien auf die Rezipienten. Zur Charakterisierung des Ansatzes wird häufig "eine Bemerkung von Cohen (Bernhard C. Cohen, *The Press and Foreign Policy*, Princeton, 1970, S. 13) zitiert, die Massenmedien könnten zwar meistens nicht bestimmen, was die Leute denken, sie hätten jedoch einen mächtigen Einfluß darauf, worüber sie denken. ... Nicht Aussage und Tendenz der medialen Inhalte sind ... das wesentliche Wirkungspotential der Massenmedien, sondern die bloße Tatsache der Veröffentlichung ... bestimmter Inhalte"; vgl. Winfried Schulz, *Ausblicke am Ende des Holzweges, Eine Übersicht über die Ansätze der neuen Wirkungsforschung*, in: *Publizistik*, Nr. 1-2/1982, S. 49-73, hier S. 60f, der dort auch eine sozialtechnologische Variante dieses Ansatzes - die Erfassung von Themenkonjunkturen und -änderungen per Computer - vorstellt.

66 Schneider (s. Anm. 39), S. 201.

67 Zitiert nach Bahr (s. Anm. 32), S. 93f.

68 Deutsche Presse-Agentur (Hg.), *1949-1974, 25 Jahre DPA*, Hamburg, 1975, S. 54.

69 Elisabeth Noelle-Neumann / Winfried Schulz (Hg.), *Publizistik*, Frankfurt, 1980, S. 203.

70 Höhne (s. Anm. 58), S. 288f. Die zweitwichtigste Informationsquelle der Massenmedien sind die ebenfalls von dpa vertriebenen acht Landesdienste, in denen nur regionale Nachrichten verbreitet werden. Die Landesdienste hatten Anfang der 80er Jahre einen täglichen Gesamtumfang von circa 80.000 Wörtern. Ebenda, S. 286.

Ihre Position als Primäragentur zeigt sich schließlich in der bevorzugten Verwendung von dpa-Meldungen. In von "dpa selbst durchgeführten Erhebungen" wird bei Zeitungen, die mehrere Agenturdienste beziehen, "täglich geprüft, welche Berichte bei etwa zehn Schwerpunkthememen des Tages bevorzugt werden. Im Monatsdurchschnitt ergab sich dabei folgendes Verhältnis." Von dpa wurden 71, von AP 7 und von ddp 8 Meldungen gebracht.<sup>71</sup> Nach einer Schätzung stammen "zwei Drittel aller Meldungen auf bundesdeutschen Zeitungsseiten" von dpa.<sup>72</sup>

Zusätzlich verstärkt wird die Bedeutung von dpa im Prozeß der politischen Kommunikation der Bundesrepublik durch die wenig intensive publizistische Eigenleistung bei der Bearbeitung des Agenturmaterials in den Massenmedien. Im Durchschnitt wird rund 90% des verwendeten Informationsmaterials von "den Redakteuren nur leicht kosmetisch bearbeitet"; "zu Differenzierungspunkten in der Presse werden da einzig Meldungsselektion, Layout und Überschriften".<sup>73</sup>

Die Deutsche Presse-Agentur ist sich der großen Verantwortung, die ihr als Hauptnachrichtenerlieferantin der Massenmedien zukommt, zumindest auf der deklaratorischen Ebene bewußt. Im Unterschied zu den Aufgaben der Massenmedien, Medium und Faktor der Meinungsbildung zu sein, liegt der spezielle Beitrag von Nachrichtenagenturen "zur ständig sich neu vollziehenden Bildung einer öffentlichen Meinung" aber nur in der "Vermittlung von Fakten und Wahrheit".<sup>74</sup> Diese Einschränkung tut ihrer öffentlichen Aufgabe jedoch keinen Abbruch, denn die Kritik- und Kontrollfunktion vermittelt sich nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichtes, liberaler Kommunikationswissenschaftler und von dpa selbst noch nicht einmal in erster Linie über die eigene Kommentierung von politischen Entscheidungen, Handlungen und Aussagen, sondern idealtypisch über die Bereitstellung von Informationen und Raum für gegensätzliche Standpunkte. Bei der Übernahme dieses normativen Anspruchs macht die dpa jedoch einige Einschränkungen. "Minderheitenmeinungen" sollen "im Rahmen ihre relativen Gewichtes in der Gesellschaft berücksichtigt" werden, ohne das Abgrenzungskriterien für wichtig / unwichtig und damit zu den privilegierten Teilnehmern des "politischen Meinungsstreites", bei dem "vom Standpunkt des kritischen Beobachters" der "Gegenargumentation und Oppositionsmeinung Raum" gegeben wird, genannt werden. Nachrichten sollen "ohne Kommentar, aber mit Hintergrund und Zusammenhängen" geliefert werden; es wird aber allein der Entscheidung des einzelnen Journalisten - mehr noch: seiner Sorgfalt - überlassen, ob und was er / sie recherchiert.<sup>75</sup> Bemerkenswert ist außerdem, daß alle aufgeführten Kriterien sich nur auf das Produkt des Berichterstattungsprozesses beziehen. Informationen oder Aussagen über die Umsetzung der Ansprüche in Bezug auf die Informationsbeschaffung finden sich nicht oder nur indirekt: einerseits in der Hervorhebung der besonderen Rolle und Wichtigkeit der Person des Journalisten, andererseits in der Betonung der "Unabhängigkeit von jeder staatlichen, parteipolitischen oder wirtschaftlichen In-

---

71 dpa-Geschäftsbericht 1973, S. 40, zitiert nach Gross (s. Anm. 53), S. 250.

72 ZV + ZV ("Mit Menotti und Comics durch die Schallmauer"), Nr. 27 v. 30.6.1986, S. 16-17. Da es sich um einen Bericht von der dpa-Bilanzpressekonferenz handelt, ist es wahrscheinlich, daß auch diese Zahlen auf hauseigenen Erhebungen beruhen.

73 Ebenda; den relativ gut besetzten Nachrichtenredaktionen des Fernsehens und der überregionalen Tageszeitungen wird jedoch eine große Eigenleistung (eigene Recherche; Vergleich verschiedener Agenturen, Neuformulierung von Agenturmeldungen) zugesprochen; vgl. Hans-Michael Rathert, Nachrichten in der Tagespresse, in: Erich Straßner (Hg.), Nachrichten, Entwicklungen - Analysen - Erfahrungen, München, 1975, S. 218-227, hier S. 222.

74 dpa, (s. Anm. 68), S. 62.

75 Ebenda, S. 62ff. Ähnlich der ehemalige Chefredakteur Fritz Sänger, Die Nachrichtenagentur, in: Harry Pross (Hg.), Deutsche Presse seit 1945, Bern/München, 1965, S. 98-118.

teressengruppe".<sup>76</sup> Zwar "identifizieren sich Agenturen von der Art und Grundhaltung der Deutschen Presse-Agentur nicht mit einer bestimmten Regierung, einer Partei oder Ideologie"; sie unterscheiden sich damit "von Staatsagenturen ..., die sich in das Ghetto einer wie immer gearteten 'Parteilichkeit' begeben haben". Gleichzeitig aber "kann eine Nachrichtenagentur 'parteilich' sein", jedoch "nur in diesem Sinn", daß sie "auf der Seite einer freien und pluralistischen Gesellschaft", einer "offenen Gesellschaftsordnung" steht.<sup>77</sup>

#### 4. INHALTSANALYSE

Als Thema, anhand dessen die sicherheitspolitische Berichterstattung der Deutschen Presse-Agentur untersucht wurde, wurde "SDI" und die Diskussion um eine bundesdeutsche Beteiligung an dem Programm gewählt. Die Darstellung des Themas wurde von einem Ansatz geleitet, der von kritischen Friedensforschern mit entwickelt wurde. Danach ist bei der Analyse und Erklärung der Ursachen insbesondere von komplexen Rüstungsprojekten in kapitalistischen Staaten sowohl die von einer unterschiedlichen Interessendurchsetzungsfähigkeit geprägte Struktur des Internationalen Systems, als auch eine Vielzahl von rüstungsfördernden Faktoren innerhalb eines Staates zu berücksichtigen.<sup>78</sup> Für das Beispiel "SDI" bedeutete dies, seine Multifunktionalität (d. h. seine politischen, militärstrategischen, ökonomischen, technologischen und ideologischen Aspekte) vor dem Hintergrund der Anfang der 80er Jahre stark von konfrontativen Elementen gekennzeichneten "Globalstrategie der USA"<sup>79</sup> in die Untersuchung einzubeziehen.<sup>80</sup>

Mit der qualitativen Inhaltsanalyse<sup>81</sup> der Artikel des Basis- und Hintergrunddienstes von dpa sollte überprüft werden, ob die Agentur die ihr zukommende und von ihr weitgehend akzeptierte "öffentliche Aufgabe" erfüllt. Bei der normativen Qualifizierung der Informations- und Artikulationsfunktion wurden analytische und hintergründige Informationen sowie ein möglichst breites, gerade nicht nur die Positionen der Exekutive und anderer etablierter Machtgruppen einschließendes Meinungsspektrum besonders wichtig eingeschätzt. In der Inhaltsanalyse wurde also unter verschiedenen Aspekten nach der Qualität der Berichterstattung gefragt: 'was' von 'wem' überhaupt von dpa zu einem Artikel gemacht wurde, ob und wenn ja,

---

76 Max v. Besserer, Das deutsche Presse- und Nachrichtenwesen nach 1945, in: ZV + ZV, Die Entwicklung des Nachrichtenwesens in Deutschland 1894-1954, Sonderdruck des ZV + ZV, Wiesbaden, 1954, S. 5. (Besserer war dpa-Chefredakteur.)

77 dpa, (s. Anm. 68), S. 62f.

78 Vgl. u. a. Dieter Senghaas, Rüstung und Militarismus, Frankfurt, 1972; Gilbert Zieburra, Die Krise des transatlantischen Systems und die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Ulrich Albrecht u. a. (Hg.), Weltpolitik, Jahrbuch für Internationale Beziehungen 2, Frankfurt/New York, 1982, S. 15-42; Hanne Birckenbach u. a., Transatlantische Krise - Ein Ansatzpunkt für eine alternative Friedenspolitik, in: Lothar Brock / Bertold Meyer (Hg.), Die Zukunft der Sicherheit in Europa, Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. XI, Baden-Baden, 1984, S. 58-124.

79 Vgl. u. a. Harald Müller, Amerikanische Globalstrategie und die Rolle der NATO, in: antimilitarismus information, Nr. 12, 1982, S. Y-141 - Y-147, hier S. Y-142.

80 Vgl. die ausführliche Darstellung in der hier zugrundeliegenden Arbeit: Karl (s. Anm. 3), S. 101ff.

81 Ich betrachte mit Ritsert die oft anzutreffende Gegenüberstellung von quantitativer vs. qualitativer Inhaltsanalyse als "falsche Konfrontation", weil 'quantitativ - qualitativ' für zwei unterschiedliche Theorieansätze steht; Ritsert 1972, S. 31 u. 90. Kein Vertreter eines ideologiekritischen Ansatzes "versteh qualitative Inhaltsanalyse als losgelöst von den Fragen sozialwissenschaftlicher Forschungstechnik"; ebenda, S. 45. Es wurde -neben der Erfassung der formalen Merkmale der dpa-Texte (Länge, Dringlichkeit, journalistische Form) - eine Kombination inhaltsanalytischer Verfahren (Themen- und Symbolanalyse) angewendet; vgl. dazu Klaus Merten, Inhaltsanalyse, Einführung in Theorie, Methode und Praxis, Opladen, 1983, S. 147ff. und 254ff. sowie Kolmar (s. Anm. 30), S. 135ff. Untersuchungsgegenstand waren alle Artikel (177) des Basisdienstes aus vier Untersuchungszeiträumen (insgesamt 34 Tage) und alle relevanten (zwei) Berichte des Hintergrunddienstes. Vgl. zur Methode und Operationalisierung ausführlicher Karl (s. Anm. 3), S. 124ff.

welche Gewichtungen innerhalb des Gemeldeten festzustellen waren und schließlich, 'wie' das Gemeldete aufbereitet wurde.<sup>82</sup>

Bei der quantitativen Verteilung nach journalistischen Formen<sup>83</sup>, fiel der sehr hohe Anteil (über 70%) von Meldungen und Zusammenfassungen auf. Beide Formen zeichneten sich hinsichtlich ihrer Informationsstruktur durch das beinahe gänzliche Fehlen von Hintergrundinformationen, die von dpa selbst hinzugefügt wurden, aus. Ein Beispiel für eine Ergänzung mit einem "aktuellen Hintergrund" ist eine Meldung, in der nach einer 38 Zeilen langen Darstellung von Wirtschaftsminister Bangemann zu seinen in den USA erreichten Verhandlungsergebnissen sich der dreizeilige Hinweis fand, der Minister sei Ende Dezember vom Kabinett mit der Verhandlungsführung beauftragt worden und habe die Abkommen kurz vor Ostern unterzeichnet. Solche über die Verbreitung oder Verlautbarung einer Information hinausgehenden Hinweise oder "aktuellen Hintergründe" waren (das genannte Beispiel eingeschlossen) in sieben von 126 Meldungen und Zusammenfassungen zu finden. In nur je einem Artikel dieser beiden Formen fand sich ein von dpa hinzugefügter "thematischer Hintergrund": Kritiker hätten die Besorgnis geäußert, ein "SDI"-Abkommen könne den Osthandel einschränken; der zweite waren Daten zum Volumen des Osthandels und der vermuteten Höhe von "SDI"-Forschungsaufträgen (27,9 Mrd. vs. ca. 100 Mio. DM).

Daß dennoch über drei Viertel der registrierten Aussagen und damit auch Stellungnahmen zu Interessen und Hintergründen an und von "SDI" in Meldungen und Zusammenfassungen gebracht wurden, ist nicht mit der Erfüllung des eigenen Anspruchs, Analysen zu liefern, zu verwechseln. Die Aussagen zu Zielen und Zwecken von SDI beziehungsweise einer bundesdeutschen Beteiligung an dem Programm, die in diesen Formen registriert wurden, wurden durchweg ohne jegliche Zusatzinformationen als Aussagen von verschiedenen Produzenten weiterverbreitet; Zusammenhänge wurden von dpa nicht hergestellt. Der Anspruch, Hintergründe und Analysen zu liefern, konnte mit den neun Artikeln bei diesen fast drei Viertel der Berichterstattung ausmachenden journalistischen Formen als nicht erfüllt gelten. Er scheint vielmehr in die besondere journalistische Form der Korrespondenten- und Hintergrundberichte "ausgelagert" (s.u.).<sup>84</sup> Ihr Anteil an der Berichterstattung macht (gemessen am gesamten Zeilenumfang) 16,3% aus.<sup>85</sup> In dem einzigen als solchem bezeichneten Hintergrundbericht im Basisdienst wurden einen Tag nach der Ankündigung von "SDI" durch US-Präsident Reagan unter der Überschrift "Was ist ABM-Vertrag?" in 30 Zeilen die wichtigsten Informationen gebracht. Vier der elf Korrespondentenberichte wurden als Serie, verfasst von einem Mitarbeiter in Washington, "zum Thema Raketenabwehr im Weltraum" in vier aufeinanderfolgenden Nächten im Dezember 1985 gesendet.

---

82 Vgl. auch Merten, (s. Anm. 81), S. 224ff.; Maßstab war hier also nicht nur die oft in rein quantitativen Inhaltsanalysen der dpa-Berichterstattung benutzte formale Aufteilung der Träger von kritischer und manipulativer Publizität (z. B. "Exekutive" gegenüber "politischen Gruppen"), sondern der Beitrag der Deutschen Presse-Agentur zur Herstellung kritischer Öffentlichkeit wurde u. a. anhand der gebrachten inhaltlichen Richtungen gegenüber "SDI" (pro, contra, neutral) sowie der Informationsstruktur (Analysen / Hintergründe) gemessen. Vgl. die quantitativen Untersuchungen Hansjoachim Höhne, Nachrichten im Wandel, in: Publizistik, Nr. 1/1980, S. 75-87; Robert Peck, Nachrichtenagenturen in der BRD, Eine vergleichende Inhaltsanalyse von AP, DPA und UPI anhand ihrer die Berlin-Krise betreffenden Meldungen im August/September 1961, Berlin (Diss.), 1967; Winfried Schulz, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg/München, 1976; Hans-Joachim Lang (s. Anm. 64). Die Arbeiten - mit Ausnahme der von Lang - sind in vielen Punkten zu kritisieren.

83 Meldungen, Zusammenfassungen, Berichte, Interviews, Dokumentationen, Sonstige.

84 Diese werden hier mit der ebenfalls ressourcenintensiven Form Interview zusammen betrachtet.

85 Nach der Anzahl der Artikel (13 Berichte, drei Interviews) beträgt ihr Anteil nur neun Prozent.

Bei der quantitativen Nennungsverteilung der Aussageproduzenten bzw. Handlungsträger oder Quellen ist ein Übergewicht der "SDI" befürwortenden gegenüber den neutralen und ablehnenden Positionen festzustellen, das sich noch stark erhöht, wenn man nur die Nennung bundesdeutscher Aussageproduzenten aufschlüsselt. Pro stellte hier etwas über die Hälfte (50,6%) und Contra weniger als ein Drittel (31,5%), Neutrale weniger als ein Fünftel (17,6%) der bundesdeutschen Akteure.<sup>86</sup> Von einer aktiven Nutzung der zivilen und militärischen Fachkompetenz durch dpa zu sprechen, scheint angesichts von neun Nennungen von Mitgliedern der "strategy community" fehl am Platze. Vier Nennungen kamen durch die jährliche Kommandeurstagung der Bundeswehr, also auch einem "Anlaß" zustande. Von "Nutzung" ist deshalb nur im Falle des ebenfalls bei diesem Anlaß interviewten General Altenburg zu sprechen. Alle übrigen Nennungen fanden sich in Berichten und waren recht allgemeine Bezugnahmen auf meist nicht näher qualifizierte oder gar mit Namen benannte "Experten", wobei sich die damit belegten Informationen als schon durch andere Medien bekannt und wenig niveauevoll erwiesen. Auf nicht-regierungsnahe Experten berief sich der USA-Korrespondent vier mal; solche aus der Bundesrepublik kamen nicht vor. Die Friedensbewegung kam zwar nicht nur in einer kurzen, so gut wie keine inhaltlichen Aussagen enthaltenden Meldung über eine in Berlin veranstaltete Demonstration zu Wort, sondern auch zweimal mit (derselben) Presseerklärung des Koordinationsausschusses in Bonn. Genauso viele Meldungen (drei) bezogen sich aber auf den "warnenden Schußwaffengebrauch" eines Polizisten während den der Demonstration folgenden "Krawallen".

Die inhaltliche Richtung aller Artikel wurde an der Zeilenzahl der Positionen, die sich für oder gegen "SDI" bzw. eine bundesdeutsche Beteiligung aussprachen oder dazu kein Urteil abgaben, gemessen. Hier war mit einem Anteil von fast 40% ein deutliches Übergewicht der "SDI" befürwortenden gegenüber den ablehnenden Positionen (26,3%) festzustellen. Gegen "SDI" gerichtete und neutrale Stimmen zusammen hatten jedoch einen deutlichen Vorsprung vor den Pro-Haltungen. Dies entspricht der Annahme über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in der Realität der etablierten Machtgruppen. Die höhere Gewichtung der pro-gegenüber der contra-Seite sticht besonders bei den Interviews hervor. Interviewpartner waren Verteidigungsminister Wörner, der direkt nach der Ankündigung des Programms sein Wohlwollen zu dem Ziel von US-Präsident Reagan, mit "SDI" alle Atomwaffen abschaffen zu wollen, äußerte; von dem BDI-Hauptgeschäftsführer Mann wollte dpa wissen, ob er durch das "SDI"-Abkommen bundesdeutsche Industrieinteressen gefährdet oder verletzt sehe (was er verneinte); einzig der Generalinspekteur der Bundeswehr Altenburg äußerte kurz vor der Entscheidung der Bundesregierung über eine Beteiligung einige noch zu bedenkende Aspekte bezüglich möglicher Folgen von "SDI", sprach sich aber unter anderem wegen der dann gegebenen Einflußmöglichkeiten für eine Beteiligung aus.

Auch bei der Zahl der Aussagen war ein deutliches Übergewicht der "SDI" und eine bundesdeutsche Beteiligung befürwortenden gegenüber neutralen und ablehnenden Positionen festzustellen. Fast die Hälfte (185 = 45,3%) der 408 registrierten Argumente bezogen sich auf Fragen einer bundesdeutschen Beteiligung an "SDI". Bei den politischen Aspekten, die ca. ein Fünftel (86 oder 21,1%) der gebrachten inhaltlichen Aussagen ausmachten, kam das Übergewicht der Befürworter hauptsächlich durch die (insgesamt am häufigsten genannten) "Ziel"-Argumente zustande; allein 25 Aussagenennungen entfielen auf die pro-Argumente, das Ziel

---

<sup>86</sup> Auch bei einer Aufteilung nach formalen Kriterien erhält man ein wenig demokratische Gewichtung: Exekutive und Parteien bestimmen mit 199 gegenüber 52 Aussageproduzenten aus Medien, Wirtschaftsgruppen, der "strategy community" und der Friedensbewegung die Diskussion.

von "SDI" sei Stabilität, Kriegsverhinderung und der Abbau von Atomwaffen und das Programm sei für Sicherheit und Schutz des Westens notwendig. Dagegen wurden contra-Argumente, die "SDI" als Teil des US-Hegemonialstrebens interpretierten, weniger als halb so oft genannt. Von diesen elf Nennungen stammten außerdem nur zwei von bundesdeutschen Kritikern; die restlichen fanden sich in Stellungnahmen der Regierungen der UdSSR und der DDR.

Bei den insgesamt am zweithäufigsten thematisierten militärstrategischen und technischen Aspekten (107 oder 26,2% aller Aussagen) war das Verhältnis von pro-, contra- und neutralen Aussagen so ausgewogen, wie in keiner anderen Kategorie. Die nicht speziell auf die BRD-Beteiligung bezogenen ökonomischen und ideologischen Aspekte wurden insgesamt mit großem Abstand am wenigsten thematisiert.<sup>87</sup> Bei beiden zusammen war ein leichtes Übergewicht der "SDI" ablehnenden Aussagen festzustellen, das aber den großen Vorsprung der "SDI" befürwortenden Positionen bei den politischen Aspekten und denen der BRD-Beteiligung nicht auszugleichen vermochte.

Bei den Aspekten zum Ob und Wie einer Beteiligung der Bundesrepublik an dem Programm waren die meisten Nennungen den Absichtserklärungen und Zielbestimmungen der Bundesregierung zur Aufnahme von Verhandlungen mit den USA (19) und der direkten Kritik daran (18 Nennungen) gewidmet. Ebenfalls 18 mal fand sich die befürwortende Empfehlung an die Bundesregierung, sich zu beteiligen, um Einfluß auf die Ausgestaltung von "SDI" zu nehmen. In der Beurteilung der Geheimhaltung und Veröffentlichung der Abkommens-Texte kamen die Geheimhaltungs-Unterstützer mit 14 Nennungen wesentlich häufiger zu Wort, als die die Veröffentlichung fordernden und gutheißenenden Aussageproduzenten (sechs Nennungen). dpa bewertete auch in diesem Fall den Vorgang nicht selbst, sondern gab zunächst in ausführlichen Meldungen den Inhalt der Texte wieder und dokumentierte sie schließlich noch.

Bei einem Vergleich der in den Korrespondentenberichten gebrachten inhaltlichen Aussagen war mit einer Ausnahme keine nennenswerter Unterschied zur gesamten beschriebenen Häufigkeitsverteilung festzustellen: ökonomische und technologische Aspekte wurden noch weniger behandelt, als in der übrigen Berichterstattung. Der einzige überhaupt ökonomische Fragen thematisierende Bericht ist der dritte Teil der erwähnten Serie. Darin wurde lediglich kurz erwähnt, daß die "SDI"-Gegner eine schon bald nicht mehr aufzuhaltende Eigendynamik des Projektes befürchten; ansonsten wurden aber ausschließlich viele Detaillinformationen dazu aneinandergereiht, inwieweit "SDI" "schon ein Wirtschaftsfaktor" geworden sei (Beispiele zu Firmenneugründungen, Auftragsverteilung). Nicht behandelt wurden Fragen der möglichen Funktionen oder Auswirkungen für und auf die Wirtschafts- und Technologiepolitik.<sup>88</sup> Insgesamt enthielten die Berichte im Vergleich mit den anderen journalistischen Formen den mit Abstand größten Anteil an neutralen Positionen. Sprachlich waren sie meist sehr sachlich abgefasst und referierten zu großen Teilen ausführlicher als längere Meldungen die Äußerungen von Aussageproduzenten. Die Ausführlichkeit bietet die aber keineswegs immer genutzte Möglichkeit, einige Zusammenhänge darzulegen, auch wenn die wenigen Berichte, in denen dies geleistet wurde, von "Analysen" noch weit entfernt waren. Vielmehr ist zu belegen, daß in den hier als "sachlich" bezeichneten Berichten viel Platz dafür verwendet wird, einen "interessanten" Beitrag zu liefern. Die journalistischen Kriterien für "interessant" beinhalten

---

<sup>87</sup> Ökonomische Aspekte: 23 Aussagen = 5,6%; ideologische Aspekte: sieben Aussagen = 1,7%.

aber nicht unbedingt die konzentrierte, kontroverse Darstellung analytischer Informationen und politischer Positionen, sondern orientieren sich eher an "Lebendigkeit" durch sprachliche Bilder, Zitate und "Klima"-Beschreibungen.<sup>89</sup> Berichte, in denen eine deutliche Parteinahme des dpa-Korrespondenten für pro oder contra deutlich erkennbar wurde, bildeten aber die Ausnahme. Ein Beispiel für einen "SDI" befürwortenden Bericht ist der erste Teil der "SDI"-Serie, in denen der Autor auf 90 Zeilen darstellt, wie "sich nach zweieinhalb Jahren Arbeit von Tausenden Wissenschaftlern und Militärs" das "Grundkonzept" für "SDI herausgeschält" habe; "zahlreiche Tests" hätten "bewiesen, daß SDI nicht nur Zukunftsmusik" sei und damit Reagans "Vision Gestalt annimmt".<sup>90</sup> Ein Gegenbeispiel für einen Bericht, in dem "SDI" ablehnende und gleichzeitig neutrale Aussagen referiert werden. Darin wurde von Bundeswehrkommandeuren an der bundesdeutschen Diskussion die Nicht-Beachtung negativer militärstrategischer Konsequenzen von "SDI" für Westeuropa sehr ausführlich kritisiert und diese Folgen (Kriegführbarkeit, Abkoppelung) dargestellt.

Die Basisdienstberichterstattung läßt sich zusammenfassend wie folgt beschreiben. Die "SDI" und eine bundesdeutsche Beteiligung befürwortenden Positionen hatten bei allen untersuchten Textmerkmalen einen Vorsprung vor den ablehnenden Positionen, der aber nur bei der Zeilenzahl die vorher festgelegte Zehn-Prozent-Grenze überstieg. Zusammen mit den neutralen Positionen liegen die "SDI" und eine bundesdeutsche Beteiligung nicht befürwortenden Stimmen jedoch bei allen Textmerkmalen über denen der Pro-Seite. Dies entsprach den zuvor formulierten Annahmen über die "Kräfteverhältnisse" in der Realität. Auffällig war aber der sehr große Übergewicht der Befürworter, wenn man nur die Zahl der bundesdeutschen Aussageproduzenten betrachtete (fast 20% mehr als ablehnende). Von der bei "SDI" thematisch so breit wie bei kaum einer anderen sicherheitspolitischen Frage angelegten Diskussion spiegelten sich im Basisdienst hauptsächlich die Auseinandersetzungen um das Ob und Wie einer bundesdeutschen Beteiligung an dem Programm, sodann mit großem Abstand die politischen und militärstrategischen, nicht aber die ökonomisch-technologischen, die technischen und die ideologischen Aspekte wieder.

"Hintergründige" und analytische Aussagen zum Thema wurden in den über 70% der Berichterstattung ausmachenden aktuellen Meldungen und Zusammenfassungen fast vollständig nicht von dpa selbst produziert, sondern als - meistens plakativ geäußerte - Informationen von Aussageproduzenten verbreitet. Die dpa-Eigenproduktion an Hintergrundinformationen war im Basisdienst hauptsächlich in die spezielle Form der Berichte ausgelagert, nahm einen sehr geringen Raum ein und erwies sich ebenfalls als mehrheitlich anlaßabhängig: über bestimmte Ereignisse und Aussagen wurde nicht nur in Meldungsformen berichtet, sondern es wurden bei diesen Anlässen zusätzlich Berichte und Interviews produziert, in denen dann analytische Aussagen ebenfalls überwiegend von Aussageproduzenten zitiert wurden.

In der Zeit von März 1983 bis Juli 1986 wurden von dpa zwei für das Thema "SDI" relevante Berichte im Hintergrunddienst produziert. Beide wurden in der zweiten Februarhälfte 1985, zeitlich also zwischen der "22. Internationalen Wehrkundebegegnung" in München und dem

---

88 Die behauptete spin-off-Wirkung, Technologietransferprobleme etc. bildeten auch bei den unter "BRD-Beteiligung" erfassten Aussagen keineswegs einen Schwerpunkt.

89 Höhne meint, die namentlich gekennzeichneten Korrespondentenberichte "beleben die Agenturdienste ungemein und sind auch bei den Kunden sehr beliebt, weil sie eine Nachricht aus dem Einerlei des übrigen Geschehens herausheben". Höhne (1980) (s. Anm. 82), S. 82.

90 Ein weiteres Beispiel ist ein ebenfalls aus dem dritten Untersuchungszeitraum stammender Bericht zur Person des Bundeskanzlers, in dem Kohl u. a. in Bezug auf die gefundene Beteiligungsform an "SDI" als erfolgreicher Regierungsführer dargestellt wird, der "zäh" ist, "kalkuliert" und "seine Vorhaben durchbringt".

Beginn neuer Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR Mitte März in Genf verschickt.<sup>91</sup> Die Artikel sind sowohl in Bezug auf die Aussageproduzenten, als auch auf die Inhalte der Positionen zu "SDI" sehr ausgewogen<sup>92</sup> und haben durch die Aneinanderreihung von vielen Daten und Zitaten<sup>93</sup> über weite Teile einen dokumentierenden Charakter: Damit scheint die Mitte der 70er Jahre formulierte Zielsetzung, die dpa mit dem Hintergrunddienst verfolgt, immer noch Gültigkeit zu haben. Die von den Archivredakteuren erarbeiteten Berichte "stellen wegen der ungenügenden Ausstattung mancher Häuser mit leistungsfähigen Pressearchiven" eine "zuverlässige Orientierungshilfe und konzentriertes, nützliches Quellenmaterial" dar.<sup>94</sup> Die Berichte basieren wesentlich mehr auf der Nutzung von Fachkompetenz - wiederum aber keiner aus der Bundesrepublik. Benannt wird mehrere Male SIPRI, zitiert wird aus Broschüren des Pentagon und aus Stellungnahmen der "Union of Concerned Scientists". Zu kritisieren ist gleichzeitig, daß Verträge und Abkommen (und bisweilen auch Waffentechnologien) an einigen Stellen, wo es über die reine Aneinanderreihung von Daten oder die Wiedergabe von Aussagenproduzentenmeinungen hinausgeht, ein eigentümliches Eigenleben bekommen: "Verträge und Abkommen haben das Wettrüsten nicht verhindern können"; "das gegenwärtige Hauptproblem der Rüstungskontrolle besteht ... in der Aufrechterhaltung der Stabilität. Diese wird grundlegend vom 'Gleichgewicht des Schreckens' bestimmt"<sup>95</sup>; "in der Nachkriegszeit verhinderte der Kalte Krieg ..."; Rüstungskontrollverträge "haben die Forschung nicht verhindert" und "die Lücken im ABM-Vertrag ... werden durch das SDI-Programm genutzt"<sup>96</sup>. An einer Stelle wird zwar darauf hingewiesen, "daß Vorschläge und Kompromisse deutlich eingebunden sind in politische und militärische Interessen"<sup>97</sup>, doch wird die Benennung oder Behandlung dieser Interessen von dpa mit dem zitierten, verschleiernenden Sprachgebrauch zu vermeiden versucht.

## 5. ZUSAMMENFASSUNG

Die Frage, ob die wichtigste Nachrichtenagentur in der Bundesrepublik die für sie aus der "öffentlichen Aufgabe" abzuleitenden Berichterstattungsfunktionen im Bereich Sicherheitspolitik erfüllt, kann auf der Basis einer Inhaltsanalyse nicht abschließend beantwortet werden. Die Ergebnisse bestätigen aber Erkenntnisse aus älteren Stichprobenuntersuchungen und deuten darauf hin, daß die Mitarbeiter der Deutschen Presse-Agentur um eine sachliche und ausgewogene Berichterstattung bemüht sind. Beim Thema "SDI" wurde dieser Anspruch im Hinblick auf die Beachtung verschiedener politischen Positionen (mit einigen Abstrichen auch in Bezug auf das inhaltliche Themenspektrum) gegenüber "SDI" umgesetzt. Die festgestellte Ausgewogenheit zwischen verschiedenen politischen Positionen ist aber nicht gleichbedeutend mit der generellen Beachtung oppositioneller Meinungen und Standpunkte. Vielmehr deuten

---

91 dpa-HG Nr. 3147, Weltraumwaffen - neue Dimension der Rüstung, Hamburg, 19.2.1985, 29 Seiten (im Folgenden zitiert als Bericht 1); dpa-HG Nr. 3148, Abrüstung und Rüstungskontrolle. Eine Bestandsaufnahme vor den neuen Genfer Verhandlungen, Hamburg, 21.2.1985, 57 Seiten (im Folgenden zitiert als Bericht 2). Formale Unterschiede zum Basisdienst sind, daß die Berichte des Hintergrunddienstes nicht über Fernschreibleitungen übermittelt, sondern auf Din-A-4-Papier getippt und verschickt werden.

92 Im Gegensatz dazu wird der "NATO-Doppelbeschluß" sehr regierungsnah dargestellt: Angesichts des "Monopols der Sowjets" bei weitreichenden Mittelstreckensystemen sei "das Ziel Nachrüstung" gewesen.

93 Besonders ausgeprägt im zweiten Bericht, der eine Nachzeichnung der jüngeren Rüstungskontrollgespräche auf der Ebene von Kommunikative-Verlautbarungen darstellt (wer, wann, wo, worüber und mit welchem Ergebnis verhandelt hat).

94 dpa (s. Anm. 68), S. 55f.

95 Bericht 2 (s. Anm. 91), S. 2.

96 Bericht 1 (s. Anm. 91), S. 10.

97 Bericht 2 (s. Anm. 91), S. 2.

die Ergebnisse darauf hin, daß auch in der Berichterstattung von dpa eine zu große Konzentration auf mit Macht ausgestattete Aussageproduzenten gegeben ist. Das aus öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bekannte Proporzdenken, das sich in quantifizierbaren Merkmalen (wie Sendeminuten bzw. Textzeilen) niederschlägt, führt bei anderen Themen als SDI - bei dem die sonst ihre Politik einheitlicher manipulativ rechtfertigenden etablierten Machtgruppen zunächst keine gemeinsame Position vertraten - zu einer Benachteiligung von wenig organisierten und institutionalisierten Aussageproduzenten und damit eines erheblichen Teils der kritischen Öffentlichkeit.

Darüberhinaus wurde der Anspruch, auch Hintergründe und Analysen zu liefern und Zusammenhänge aufzuzeigen, nur sehr eingeschränkt verwirklicht. Dies ist - wie Untersuchungen der inneren Struktur von dpa und ihres Verhältnisses zum etablierten politischen Bereich gezeigt haben - vor allem durch die Ausgestaltung der Informationsbeschaffung, -verarbeitung und -verbreitung begründet. Die Nachrichtenproduktion ist auch bei dpa hauptsächlich an dem Kriterium Schnelligkeit orientiert und durch fast ausschließlich reaktives bis passives Verhalten bei der Nachrichtenbeschaffung gekennzeichnet. Aktive Beschaffung von Informationen - ganz zu schweigen von Ansätzen eines investigativen Journalismus - findet nach den vorliegenden Erkenntnissen nur sehr wenig statt.

Möglich und erforderlich wäre eine andere Ressourcenverteilung - weg von Investitionen für technische Einrichtungen zur Verbesserung und Beschleunigung der Informationsübermittlung und der Einführung gewinnträchtiger Spezialinformationsdienste, hin zu einer Qualifizierung vor allem des Bereichs der Informationsbeschaffung und -verarbeitung in dem für die Information der breiten Öffentlichkeit wichtigsten Dienst, also v. a. zur Beschäftigung qualifizierter Redakteure in ausreichender Anzahl (nicht nur für den sicherheitspolitischen Bereich) für und im Basisdienst. Es bedarf dazu der bewußten politischen Entscheidung für eine Berichterstattung, die den aus der öffentlichen Aufgabe abgeleiteten Funktionen der Massenmedien möglichst weitgehend entspricht. Da aber die Ausgestaltung der Nachrichtenproduktion im Hinblick auf eine Optimierung der Funktionsfähigkeit der kritischen Öffentlichkeit keinen oder nur geringen ökonomischen Gewinn erwarten läßt, ist eine solche Entscheidung von den mehrheitlich an kapitalistischen Verwertungsinteressen orientierten Kunden und Besitzern allein nicht zu erwarten. Deshalb hat die Forderung nach einer nicht-privatwirtschaftlichen Organisationsform, in der alle gesellschaftlich relevanten Gruppen vertreten sind, auch weiterhin ihre Gültigkeit. Wie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wäre bei der wichtigsten Informationsschaltstelle der Massenmedien und der Bevölkerung jedoch die Parteien- und Regierungsdominanz nicht akzeptabel und zu vermeiden.

Für die an einer funktionierenden kritischen Öffentlichkeit Interessierten folgt daraus kurz- und mittelfristig zweierlei. Erstens sind nicht oder wenig institutionalisierte oder etablierte Aussageproduzenten wie z. B. die Friedensbewegung aufgerufen, sich über eine den Funktionsbedingungen der Massenmedien und Nachrichtenagenturen angepasste Öffentlichkeitsarbeit gezielter zu präsentieren, v. a. dürfen Nachrichtenagenturen bei der "Pressearbeit" nicht - wie es oft geschieht - vergessen werden. Angesichts der Nicht-Existenz der bundesdeutschen Friedensforschung zumindest in der untersuchten dpa-Berichterstattung über "SDI" scheint es nicht überflüssig, zu betonen, daß sich auch die einschlägigen Einrichtungen und Institute bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit - sofern sie überhaupt im Hinblick auf eine Unterrichtung der breiten Öffentlichkeit betrieben wird - der Wichtigkeit von Nachrichtenagenturen bewußt sein sollten. Solange die Struktur und Verfasstheit der Nachrichtenagenturen und eines großen

Teils der Massenmedien der weitergehenden Realisierung des demokratietheoretischen Postulats der Publizität entgegenstehen, ist es zweitens erforderlich, weiterhin alternative Einrichtungen und Medien - nicht zuletzt materiell - zu unterstützen, die durch ihre Arbeit ein konstituierendes Element einer kritischen Öffentlichkeit bilden.

## 6. ABSTRACT

Nachrichtenagenturen sind - mehr noch als die bekannten Massenmedien - für die Bereitstellung von Informationen, die die Grundlage für die demokratische Willensbildung der Bevölkerung darstellen, von entscheidender Bedeutung. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) ist in mehrerer Hinsicht die wichtigste Agentur in der Bundesrepublik. In dem Aufsatz wird der Frage nachgegangen, ob und inwieweit dpa in ihrer sicherheitspolitischen Berichterstattung ihre "öffentliche Aufgabe" erfüllt. Die Ergebnisse einer Inhaltsanalyse der Berichterstattung im Basis- und Hintergrunddienst zum Thema SDI sowie anderer Untersuchungen zur Struktur von dpa deuten darauf hin, daß auch bei dpa die Konstituierung und Funktionsfähigkeit einer kritischen Öffentlichkeit nicht die höchste Priorität genießt. In der wichtigsten Informationsquelle für die Mehrzahl der bundesdeutschen Massenmedien - dem dpa-Basisdienst - ist inhaltlich eine starke Konzentration auf etablierte, mit Macht ausgestattete Gruppierungen und formal eine große Gewichtung der möglichst schnellen Informationsübermittlung festzustellen. Beides widerspricht den Kriterien für eine kritische Berichterstattung, die aus der "öffentlichen Aufgabe" der Massenmedien abgeleitet und die von dpa als Maßstab zur Beurteilung der Berichterstattung anerkannt werden.

**Zur Person:** Wilfried Karl, Jg. 1957, M.A., wiss. Mitarbeiter bei der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung Berlin, Mitherausgeber der "ami" (antimilitarismus information).